

Schädliche Haushaltspolitik

Der Bundestag verhandelt in diesen Wochen über den Bundeshaushalt 2024. Finanzminister Lindner hat bei der Haushaltsplanung den Rotstift angesetzt. Die Ampelregierung plant umfangreiche Kürzungen in Höhe von 30 Milliarden Euro. Ursächlich für die milliarden schweren Einsparungen ist das Bestreben der Ampel-Regierung die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Gleichzeitig sollen die Reichen weiter vor höheren Steuern verschont werden.

Das ist wirtschaftlich und sozial schädlich. Wer jetzt die Staatsausgaben kürzt, verstärkt und verlängert die Konjunkturschwäche. Viele Sparmaßnahmen betreffen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Soziales. In einzelnen Bereichen belaufen sich die Kürzungen auf bis zu 70 Prozent.

Die Kassen von Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung will die Ampel-Regierung mit mehreren Milliarden Euro zusätzlich belasten. Die Folge sind höhere Beitragsätze. Hinzu kommt: Die geplanten Ausgaben reichen bei weitem nicht aus, um die gesellschaftlichen Bedarfe zu decken. In Bildung, Gesundheit, Digitalisierung, Wohnen, Verkehr und Klimaschutz müsste in den kommenden Jahren massiv investiert werden. Doch das Gegenteil passiert.

Der Haushalt ist nicht zukunftsgerecht. Die Kürzungen müssen daher vom Tisch. Die Schuldenbremse muss ausgesetzt, neue Sondervermögen für Bildung, Gesundheit etc. geschaffen und die staatliche Einnahmeseite durch höhere Steuerzahlungen der Reichen verbessert werden.

Geplante Haushaltskürzungen ausgewählter Ministerien in Mrd. Euro

